

RUSSLANDDEUTSCHE

„Mich kriegt hier keiner weg“

Neonazis und deutschnationale Wirrköpfe wollen sich in Kaliningrad, dem früheren Königsberg, ansiedeln – bisher ohne jeden Erfolg. Politiker und Unternehmer widersetzen sich der Germanisierung oder träumen von der Gründung einer vierten baltischen Republik. *Von Olaf Ihlau*



ARNDT-BUCHDIENST

Munier-Siedlung Amtshagen*: „Für unsere Ostprovinz eine deutsche Perspektive offenhalten“

Tiefhängende Wolken schütten Schneereggen über die versteppten Weiden. Zu dieser Jahreszeit ist der Nordteil Ostpreußens um das frühere deutsche Königsberg, das seit Kriegsende zu Rußland gehört, besonders trostlos und öde. Die Rinder-Sowchose Jasnaja Poljana (Helle Lichtung), einst das weltberühmte Gestüt Trakehnen, dämmert bereits in den Winterschlaf.

Nur in einem abgesteckten Terrain am Rande des verfallenen Staatsguts herrscht hektisches Treiben. Bulldozer und Kieslaster wühlen sich durch die Schlammlandschaft. „Hier baut die Firma GST im Auftrag der Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen die Agnes-Miegel-Siedlung“, verkündet ein Holzschild auf Deutsch und Russisch am Zufahrtsweg der Baustelle.

Ein Jeep prescht schlingernd heran. Heraus springt ein drahtiger Typ mit kurzem Haar. „Ihr müßt noch einen Gang zulegen“, ruft Günther Pomplun, 61, den Arbeitern zu, „sonst schaffen wir die Fundamente nicht mehr vor dem Frosteinbruch.“

* Auftritt einer Volkstanzgruppe vor den noch unbewohnten Häusern im August dieses Jahres.

„Das schaffe mer bestimmt“, versichert Waldemar Ischajew, 42. Der Rußlanddeutsche ist nach Kaliningrad vor vier Jahren zugewandert, weil die Diskriminierung der Minderheit in Kasachstan unerträglich wurde. Seine Frau, eine Russin, kam bei der Dorfschule als Lehrerin unter. Deshalb hat Ischajew beschlossen, den großen Treck der Rußlanddeutschen aus Zentralasien nach Westen für sich in Ostpreußen zu beenden: „Mer wolle nitt uff Deutschland, wo mei Frau bloß putze gehe kann.“

Mit seinem alten Diesellaster, Geschenk eines Unternehmers im Harz, fährt Ischajew Kies für die GST. Die zahlt ihm dafür 250000 Rubel im Monat, etwa 70 Mark – nicht viel also, aber bei über 50 Prozent Arbeitslosigkeit im Distrikt besser als nichts. Die Familie schlägt sich gerade so durch.

Mit einer knappen Hundertschaft Angestellter ist die GST größter privater Arbeitgeber in Trakehnen. Pomplun sagt bescheiden: „Wir tun hier einen sozialen Dienst.“

Doch finanziert wird dieses Unternehmen zur Betreuung der Rußlanddeutschen von einer seltsamen Hilfstruppe aus Deutschland, die ganz offen die Regermanisierung Ostpreußens betreibt: Die „Aktion ‚Deutsches Königsberg‘“ des Rechtsak-

tivisten Dietmar Munier, 43. Der Kieler Verleger will „neue Fakten schaffen, um für unsere Ostprovinz eine deutsche Perspektive offenzuhalten“. Patriot Pomplun, gebürtiger Pommer, ist Chefaufseher Muniers auf diesem Brückenkopf „deutschen Bluts“.

Ein paar versumpfte Weiden weiter westlich, im Vorwerk des einstigen Gestüts, hat Ostlandritter Munier („Für die Rußlanddeutschen tue ich mehr als ganz Bonn“) die Siedlung Amtshagen errichten lassen: fünf schmucke Backsteinhäuser für 14 Familien. Stolz feierte jetzt das Hochglanz-Rundschreiben 2/97 an die deutsche Spendergemeinschaft den ersten Etappensieg des „patriotischen Gemeinschaftswerks“, dieses „deutsche Wunder“ in einer „herrlichen naturnahen Oase“.

Muniers Kommentar zu gestellten Bildern mit ostpreußischen Trachtengruppen: „Hier ziehen nun über 50 Jahre nach der Vertreibung wieder deutsche Architektur, deutsche Lebensart, deutsche Gemütlichkeit, deutscher Fleiß, deutsche Ordnung und deutsche Sprache ein.“

Welch schöner Schein. Amtshagen ist ein Potemkinsches Dorf, umgeben von einer Wüstenei. Eingezogen ist bislang niemand, weil Strom und Heizung fehlen. Und

die künftigen Bewohner dürften überwiegend russisch untereinander reden. Denn die meisten Rußlanddeutschen um Trakehnen sind in Mischehen mit Russen oder Kasachen verheiratet, ihre Kinder können kein Deutsch.

Doch der Deutschnationale, den die Konrad-Adenauer-Stiftung schon einmal „aus Versehen“ (Munier) zu einem Ostpreußen-Vortrag eingeladen hatte, träumt weiter: „Ostpreußen ruft!“ Benötigt werden nun Spenden für patriotische und heimat-treue Menschen“, die ihren Alterssitz in einen „Wohnpark Trakehnen“ verlegen sollen, um in „sinnvollem Lebensabend“ den rußlanddeutschen Neuansiedlern „in jeder Beziehung zur Seite zu stehen“. Statt nach Mallorca zum Sterben in die kalte Heimat, na ja.

Immerhin hat Munier, der auch noch eine „Deutsche Schule Trakehnen“ aufzog, im Wettlauf um die Seelen der 20 000 Rußlanddeutschen Kaliningrads bislang erheblich mehr vorzuweisen als sein rechtsex-tremer Gesinnungskumpan Manfred Roeder. Der Auschwitz-Leugner war mit sei-

Jodeit war nicht einmal 14, als die Rus-sen bei Kriegsende die preußische Krönungsstadt stürmten. Er erlebte das elen-dige Ende der 140 000 zurückgebliebenen Deutschen. 110 000 kamen in Kriegsgefange-nenschaft, wurden verschleppt oder gin-gen an Terror, Seuchen und Hunger zu-grunde. Entkräftet starb die Mutter 1947, im Jahr darauf gehörte der Sohn zum letz-ten Aussiedler-Transport in den Westen.

Ein Menschenalter später kehrte Jodeit in seinen Geburtsort zurück und erkannte ihn kaum wieder. Königsberg war mit wuchtigen Plattenbauten eine sowjetische Stadt geworden, das Umland eine ver-steppte und versumpfte BeuteProvinz. Das Auseinanderbrechen des Sowjetimperiums hatte dieses Kaliningrad – jahrzehntelang eine mit Atomraketen vollgestopfte Sperr-zone – plötzlich zur Insel gemacht: eine vom russischen Mutterland abgetrennte Exklave, eingezwängt zwischen Polen und den baltischen Staaten, die vehement in Nato und Europäische Union streben.

Der Heimkehrer Jodeit, pensionierter Oberstabsfeldwebel der Bundeswehr, stieg

Pech für Jodeit. Er mußte sein Haus im Oberhessischen verkaufen und hält sich jetzt mit einem kleinen Lebensmittelladen über Wasser. Mehrmals dachte er in seiner Verzweiflung schon daran, „Schluß zu ma-chen“. Doch als sturer Ostpreuße, der „sich seinen Charakter nicht versauen läßt“, will Jodeit trotz 400 000 Mark Schulden durchhalten: „Mich kriegt aus meiner Heimat keiner weg, auch wenn ich hier wie ein Hund lebe.“

Ein gigantischer Warenumsschlagplatz ist Rußlands Vorposten an der Ostsee heute. Fest in den Klauen einer Mafia, die mit der altkommunistischen Administration wie dem Militär verbandelt ist. Hunderte Pro-stituierte bevölkern die Straßen und Hotels Kaliningrads, und es gibt 6000 Dro-gensüchtige. Hier werden Rußlands höch-ste Aids- und Syphilisraten registriert.

940 000 Russen, Ukrainer, Belorussen, Balten und Rußlanddeutsche leben im Nordteil Ostpreußens. Deutlicher als anderswo zeigen sich hier die Verwerfungen beim Umbau der Sowjetgesellschaft in den Kapitalismus pur. „Der Anteil stark ver-armter Menschen steigt“, beschreibt Sergej Zypljonkow, Direktor des Soziologiezen-trums, den Zerfallsprozeß, „die ehemalige Mittelklasse wird unterspült, ganze Ge-sellschaftsklassen vegetieren dahin.“

Die Arbeitslosigkeit in der Sonderwirt-schaftszone liegt im Schnitt bei 25, auf dem Lande vielerorts über 50 Prozent. Jeder zweite Jugendliche hat keinen Job. Bis zu 60 Prozent der Bewohner, fürchtet der So-ziologe Zypljonkow, geraten mit ihrem Le-bensstandard an die Armutsgrenze. Allein ein Segment von 15 Prozent zähle zu den Profiteuren der neuen postsowjetischen Zeit: „Die Reichen heben mit astronomi-schen Einkommen ab.“ Sie haben sich in den Königsberger Vorortvillen fein einge-richtet, und ihre Chauffeure steuern deut-sche Edellimosinen.

Der Reichtum stammt überwiegend aus dem Zusammenbruch der sowjetischen Staatsbetriebe. Die wurden privatisiert, vandalisiert und verschrottet. In sieben Jahren fiel die Industrieproduktion um 60 Prozent. Jetzt ist das meiste verhöckert, die Vision vom „Hongkong an der Ostsee“ um die Freihandelszone Jantar (Bernstein) zerstoß.

Zu den Verlierern des Umbruchs ge-hören Staatsbedienstete und Rentner. Wanda Maier etwa, Rußlanddeutsche des Jahrgangs 1939 aus der Ukraine. Seit 1966 lebt sie im Oblast Kaliningrad. Bis vor zwei Jahren war sie Ingenieurin am Elektronik-betrieb Quarz, einem Zulieferer für Kos-mos-Satelliten. „Nach 40 Jahren harter Arbeit“, sagt die Rentnerin bitter, „kriege ich nun im Monat gerade mal hundert Mark.“

Bulliger Herr der „Gebietsmacht“ Kali-ningrad ist Leonid Gorbenko, der Gouverneur. Früher Chef des Fischereihafens, kam der gebürtige Ukrainer bei der Wahl



Siedlung Amtshagen (im November 1997): *Potemkinsches Dorf ohne Heizung und Strom*

nem „Deutsch-Russischen Gemeinschafts-werk“ 1993 unweit von Trakehnen „zum Arbeitseinsatz im alten Preußenland“ auf-getaucht, „um Tatsachen zu schaffen“.

Kaliningrad, so Roeders Credo, könne zur Wiege einer neuen historischen Allianz zwischen Russen und Deutschen werden. Das wäre dann das Gegenstück zum Maastricht-Europa, „das dem deutschen Volk den letzten Rest an Selbstbestimmung nehmen soll“.

Aus dem Arbeitseinsatz wurde aber nicht sonderlich viel. Roeder, für Munier ein „Verrückter und Hochstapler“, erlebte Ostpreußen nur drei Sommer lang. Er schaffte ausgemusterte Bundeswehr-Fahr-zeuge nach Gawrilowo (Herzogsrode/Ga-weiten) und ließ drei Häuser aufbauen. Dann machte die russische „Gebiets-macht“ mit diesem Spuk Schluß: Roeder erhält seit 1996 kein Einreisevisum mehr, auch Munier war seit zwei Jahren nicht mehr vor Ort.

Bleiben dagegen durfte bislang einer, den nicht Regermanisierungswahn nach Ostpreußen trieb, sondern der Wunsch, et-was für die Zukunft seiner Heimat zu tun: Siegfried Jodeit, 66, geboren im Königs-berger Vorort Ponarth.

in Kaliningrad als Investor „mehr mit dem Herzen ein als mit dem Verstand“. Genau das aber erwies sich als Fehler.

Gnadenlos ausgenutzt haben sie Jodeits Gutgläubigkeit. Russische und deutsche Geschäftspartner zockten ihn beim Auf-bau einer Bäckerei und als Mitinhaber des Hotels „Deima“ ab. Die renovierte Nobelherberge für deutsche Nostalgietouristen machte leider keine Gewinne. In der Stadt sagen sie, der Schuppen sei eine Waschan-lage für die Gelder der Mafia.



im Oktober 1996 mit Hilfe der Kommunisten ins Amt. Inzwischen ist er zur Partei des russischen Ministerpräsidenten Wiktor Tschernomyrdin übergewechselt und verkehrt mit Vorliebe von Gott an aufwärts.

Virtuos bedient der Gouverneur die Klaviatur der Regermanisierungsängste, zitiert im Fernsehen schon mal warnend aus dem „Ostpreußenblatt“. Für den aus Moskau angereisten deutschen Gesandten hat Gorbenko keine Zeit. Die vor allem von den Rußlanddeutschen gewünschte Einrichtung eines deutschen Generalkonsulats kommt nicht voran.

„Ich will, daß die Russische Föderation hier etwas zu verlieren hat“, erklärt der Gouverneur. Gorbenko fordert von Moskau ein wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm mit Anschubhilfen von 4,5 Milliarden Dollar. Denn natürlich fragen sich viele Kaliningrader, ob ihre Enklave noch Zukunft hat: In spätestens 15 Jahren dürften die Anrainer-Staaten Mitglieder von Nato und Europäischer Union sein.

Gorbenko selbst startete die neue Diskussion um die Zukunft der Region im Oktober mit einem bizarren Verwirrspiel. „Der Verkauf des Gebiets, um Schulden zu zahlen, ist früher oder später denkbar“, verkündete er kryptisch bei einem Treffen mit lokalen Medien. Verstört notierte das Blatt „Swobodnaja sona“ (Freie Zone), der Gouverneur habe bei seiner „sensationalen Erklärung“ nicht gesagt, „wann an wen denn welche Schulden zu zahlen“ seien. Und die Zeitung „Jantarny okrug“ (Bernsteinbezirk) sekundierte mit der Frage: „Wer wird unser Gebiet kaufen?“

Klar doch, daß da die Deutschen, die eigentlich andere Sorgen plagen, als potentielle Interessenten gelten. Wenn schon Gorbatschow die DDR opferte, warum sollte dann Boris Jelzin nicht seinem Freund Helmut auch noch Kaliningrad verschern? Sogar Schirinowskis Nationali-



Rechtsaktivist Munier

„Ostpreußen ruft!“

sten hatten im Februar bei einem Disput im Ausschuß für Geopolitik der Moskauer Duma die Frage gestellt, ob sich die Osterweiterung der Nato vielleicht mit der Rückgabe Nord-Ostpreußens an die Deutschen konterkarieren ließe.

Fest steht zumindest eines: All diese Spekulationen und Planspiele, seien sie auch noch so absurd, schüren die Verunsicherung in der Exklave.

Das hat offenkundig auch der Gouverneur erkannt. Markig versichert er nun: „Unser Gebiet ist und bleibt ein untrennbarer Teil Rußlands.“ Doch die Debatte läßt sich damit nicht abwürgen, und es gibt Lokalpolitiker, die sie mit Lust befeuern.

Etwa Sergej Passko, 46, Sprecher des Unternehmerverbandes von Kaliningrad und zugleich ein politischer Exot. In der Schillerstraße 20 hockt Passko mit schniekem Zwirn in einem kargen Kellerbüro, und an der Wand hinter ihm prangt eine weiß-blau-rote Fahne mit stilisiertem Doppelstern. „Das ist das Symbol unserer künftigen Republik“, sagt Passko, „in fünf Jahren ist Kaliningrad der vierte baltische Staat.“

Der aus Sachalin stammende Jurist ist Vorsitzender der Baltisch-Republikanischen Partei. Die brachte es bislang im 30köpfigen Deputierten-Rat auf zwei Vertreter. Aber Passko glaubt, die Jungen, die Intelligenzija, die Geschäftsleute hinter sich zu wissen: „Vor fünf Jahren wagten hier nicht einmal 20 Leute über die balti-

sche Vision zu reden“, verkündet der Prophet im Souterrain, „aber heute ist dies das meistdiskutierte Zukunftsthema.“ Nur die alten Kommunisten stemmten sich dagegen, „doch die sterben langsam weg“.

Um die Gebietsmacht und deren Moskauer Protektoren nicht gar so keck herauszufordern, garnieren Kaliningrads baltische Republikaner ihr Plädoyer für einen souveränen Staat mit der Offerte einer Brückenfunktion: „Wir wollen mit Rußland wie mit der EU assoziiert sein“, sagt Passko und fühlt sich bestätigt durch eine jüngste Umfrage nach den bevorzugten Wirtschaftspartnern: Über die Hälfte der Kaliningrader setzen auf Polen und Deutschland.

Das kann dem Gouverneur nicht sonderlich gefallen. Denn anders als sein Amtsvorgänger Jurij Matotschkin, der ohne ideologische Scheuklappen deutsche Investoren und rußlanddeutsche Zuwanderer zum Wiederaufbau des geschundenen Landes zwischen Pregel und Memel ermutigte, läßt Gorbenko Ausländer drangsalieren. Gerade Deutsche sind nur als Sponsoren und Berater willkommen. Firmen haben es schwer, selbst in Joint-ventures Fuß zu fassen.

„Wenn Jelzin wüßte, wie seine Leute Investoren behandeln, würde der vor Wut durchdrehen“, glaubt Wolfgang Kreienbaum, der Prokurist des Pflugerstellers Lemken. Die Firma hat das Produktionsabenteuer Kaliningrad soeben beendet. Auch Manfred Weyel, der von der ehemaligen Sowchase „Oktjabr“ 323 Hektar Brachland für Getreideanbau gepachtet hatte, trieb die Agitation der Kommunisten gegen den Ausverkauf an „kapitalistische Haie“ wieder fort.

„Das Politische wolln mer mal schön kleinhalten“, sträubt sich der rüstige Teilzeit-Heimkehrer Hans-Georg Burchard, 73, gegen öffentliches Nachdenken über Ostpreußens Zukunft. Nicht weit von Trakehnen, im Vorland der Rominter Heide, wo der Reichsmarschall Göring seine Hirsche zu schießen pflegte, bewirtschafteten die Burchards das Gut Disselwethen. Mit 120 Pferden, 60 Kühen und Schafherden. Nach Kriegsende wurde aus Disselwethen eine Öko-Wildnis.

Den Kavalleristen verschlug es nach Celle. Dort züchtete er als Landwirt Trakehner-Pferde. Vor vier Jahren trieb ihn das Heimatgefühl zum Besuch von Disselwethen. Auf einem Hügel fand er den überwucherten Grabstein des Großvaters. Gut 200 000 Mark hat Burchard investiert, um das Gutgebäude wieder aufzubauen. Ein Drittel davon, so die Auflage der Behörden, gehören einem Russen.

Sohn und Tochter haben den Alten wegen des Risikos schwer gezaust. Das aber stört Burchard wenig. „Ich wollt' halt noch mal einen Punkt setzen“, blafft der reimportierte Junker, „vielleicht tue ich hier was für einen meiner fünf Enkel.“ ♦



Königsberg (um 1930): Mit wichtigen Plattenbauten zur sowjetischen Stadt gemacht